Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 177. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 31. Juli 1930. | 12. Jahrgang.

Nichts hat mehr Aehnlichkeit mit dem Tode als der Müßiggang. Friedrich der Große.

Der erste Schritt.

Die Liquidation der Vergangenheit ist eingeleitet, der erste Schritt zur Eröffnung einer neuen Zukunft getan. Die Regierung hat sich nicht darauf beschränkt, die notdürftigsten Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Existenz und den Etat des Reiches mit knapper Not über die Spanne der Reichstagsauflösung hinüber zu retten, sondern sie hat mit mutigem Griff Maßnahmen eingeleitet, die den ganzen Bereich unserer Notstände umfassen und als Anfang für die große Reform gedacht sind, an der bereits gearbeitet wird und die im Herbst dem neuen Reichstage vorgelegt werden soll.

Die neue Notverordnung gliedert sich in fünf Abschnitte. Der erste hat die Aufgabe, den Etat des Reiches in Ordnung zu bringen, indem er wieder einen ordentlichen Haushaltsplan an die Stelle des bisherigen Notetats setzt und für das neu entstandene Defizit die notwendigen Einnahmen — beziehungsweise Ersparnisse — schafft. Im ganzen sind die neuen Deckungsvorlagen als bedeutend ausgereifter und ausgeglichener zu betrachten denn die früheren. Das gilt ebenso für die Einnahmequellen, die den schwer notleidenden Gemeinden erschlossen werden und die ihnen die Möglichkeit geben sollen, auch ihre Finanzen langsam in Ordnung zu bringen, woran man im allgemeinen bisher viel zu wenig gedacht hat.

Ganz besonders erfreulich ist, daß die Regierung trotz der finanziellen Notlage das Ostprogramm, dessen Erledigung in letzter Stunde durch die Reichstagsauflösung verhindert wurde, mit in die Notverordnung aufgenommen hat, so daß die Hilfe für den bedrängten Osten keinen Aufschub erleidet.

Der vierte Abschnitt, der neben den neuen Steuern sicher die unpopulärsten Maßnahmen enthält, nimmt die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und die Reform der Krankenversicherung sehr energisch in Angriff. Gerade bei diesen beiden Punkten, die in der sozialistischen Presse das Stichwort „Sozialreaktion" auslösen, zeigt sich, daß die Regierung entschlossen ist, um der Sache willen und ohne Rücksicht auf die Gunst der Wähler zu handeln.

Das gleiche läßt sich von dem fünften Abschnitt sagen, der die Regierung mit außerordentlichen Vollmachten ausstattet, um eine wirksame und den weltwirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Preissenkung zu erzielen und besonders gegen eine unwirtschaftliche Preisbindung durch die Kartelle vorzugehen. Man kann die Regierung nur dazu beglückwünschen, daß sie sich scharfe Waffen für ihre wirtschaftspolitischen Ziele schmiedet. Gerade die letzten Tage haben verschiedene Beispiele dafür gegeben, daß eine wirksame Preissenkung ohne einen Zwang von oben nicht zu erzielen ist, und man kann nur wünschen, daß die Regierung baldigst von ihren Machtmitteln in umfassender Weise Gebrauch macht. Denn ohne eine Angleichung des Preisniveaus an die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung wie an die Preisbildung des Weltmarktes ist eine Herabsetzung der Löhne und damit ein Wiederaufschwung des Wirtschaftslebens nicht möglich.

Will man den Inhalt der neuen Notverordnung insgesamt würdigen, so kann man dies mit der eindrucksvollen Rede des Finanzministers Dietrich tun, der in der letzten Stunde des Reichstages darauf hinwies, daß es bei dem Sanierungswerk nicht so sehr darauf ankäme, wie es gemacht werde, sondern, daß es gemacht werde. Auch die jetzt ergriffenen Maßnahmen können im einzelnen nicht beanspruchen, als logisch unbedingt notwendig gerechtfertigt zu werden. Man könnte sich durchaus vorstellen, daß die Deckungsmaßnahmen anders aussähen, daß die Reform der Sozialversicherung andere Wege einschlüge usw. Darüber kann und wird in der Oeffentlichkeit noch genug debattiert werden, ohne daß an den Dingen viel geändert wird. Und auch der neue Reichstag wird an den inzwischen längst zur Durchführung gebrachten Gesetzen nichts revidieren können.

Ueber die Richtung, in der sie gehen, wird der Streit der Parteien entbrennen und daran werden sich die Parteien im Wahlkampf orientieren. Die Notwendigkeit der Verordnung legitimiert sich durch den unbedingt gegebenen Notstand. Es ist leicht gesagt, wenn in der Oppositions-Presse gefordert wird: keine neuen Steuern, sondern Abbau der Staatsausgaben! Die Arbeitslosigkeit, eine der Hauptursachen der Finanznot, ist doch nur zum Teil durch die unsinnige Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre verschuldet und trägt in ihrem heutigen Ausmaß durchaus die Züge der Weltwirtschaftskrisis. Hier noch mehr zu sparen, würde bedeuten, Hunderttausende dem Hungertod preiszugeben und damit revolutionäre Zustände heraufzubeschwören. Daß die übrige Staatsverwaltung keine Millionen-Ersparnisse von heute auf morgen zuläßt, ist eine leider feststehende Tatsache. Will man nicht die Beamtengehälter auf den Stand vor der Köhlerschen Finanzreform reduzieren, so bleibt nur übrig, eine umfassende Reichs- und Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen, die ihre Früchte aber erst nach Jahren trägt. Die Regierung will vorerst den letzteren Weg wählen und wird im Herbst mit ihren Plänen an die Oeffentlichkeit treten. Wie weit die sogenannte Reichshilfe der Beamten inzwischen in eine endgültige und womöglich noch höhere dauernde Verminderung des Gehaltes umgewandelt wird, hängt von der Entwicklung der Reichsfinanzen ab, muß aber ständig als im Bereich des Möglichen gewertet werden. Wer für eine weitere Herabsetzung der Staatsaufwendungen eintritt — und wer täte dies nicht — muß letzten Endes zwischen diesen drei Möglichkeiten wählen. Ein zu positiver Arbeit und Reform unfähiger Reichstag hat bisher verhindert, daß alle diese drei Wege zur Erzielung von Ersparnissen in einer gewissen gegenseitigen Ausgeglichenheit eröffnet wurden — bis die Regierung von sich aus den ersten entscheidenden Schritt tat.

Wie die Radikalen von rechts so glauben die Radikalen von links ebenfalls, daß nun ihre Zeit gekommen sei, und daß ihr Weizen blühe. Die Sozialdemokratie verfährt dabei nach dem alten und billigen „Haltet den Dieb!"-Rezept. Denn wenn irgendeine Partei für die jetzige Not verantwortlich gemacht werden kann, so ist es die sozialdemokratische. Sie hat unter ihrem Finanzminister Hilferding die Finanzen so verrotten lassen, daß wir heute am Rande des Staatsbankerottes stehen. Sie hat es auf dem Gewissen, daß wir in den entscheidenden Stunden bei den Verhandlungen über den Young-Plan finanziell so geschwächt waren, daß wir den immer neuen Forderungen unserer Gegner im Haag keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen konnten und uns mit den ungeheuerlichen Verschlechterungen des Planes einverstanden erklären mußten. Sie trägt die volle Verantwortung für die unsinnigen Uebertreibungen einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf der falschen Theorie der Kaufkraftsteigerung aufgebaut war und die selbst im reichen Amerika Bankerott gemacht hat. Sie trägt auch die Hauptverantwortung für die riesige Aufblähung unseres Staats- und Sozialapparates, der lediglich als Futterkrippe für die Hunderttausende von Parteisekretären und Gewerkschaftsfunktionären betrachtet wird. Sie hat auch einer vernünftigen Reichsreform den erbitterten Widerstand entgegengesetzt. Und sie hat schließlich jenen kommunalen Sozialismus gefördert, der zur Brutstätte von Korruptionsskandalen wurde und dessen Kostspieligkeit heute insbesondere das „werktätige Volk" durch hohe Fahrpreise und Werktarife zu spüren bekommt.

Das Erbe solcher Mißwirtschaft ist gerade nicht beneidenswert. Der erste positive Anfang zu seiner Liquidation ist gemacht. Und da er sich ganz bewußt gegen die sozialistische Politik der letzten Jahre richtet, so ist zu hoffen, daß die Regierung mit ihren weiteren Plänen auf diesem Wege fortschreitet und dem Bürgertum die letzte Chance erhält, die ihm gegeben war, um das Jahr 1930 zu einer Wende in der Gestaltung der inneren und dann auch der äußeren Politik des Reiches herbeizuführen. Die Zeitspanne, die der Regierung gegeben ist, positive Arbeit zu leisten und auf ihr aufbauend ihre neuen Pläne zu entwickeln, ist groß genug, um für den Herbst eine Situation zu schaffen, die auch einer im Wahlkampfe siegreichen Sozialdemokratie es möglich machen wird, wieder in die Regierung einzutreten und damit deren Reformprogramm gutzuheißen. Hier wird ganz deutlich, daß der Marxismus, um dieses etwas mißverständliche Wort einmal zu gebrauchen, nicht durch einen anti-marxistischen Feldzug, sondern nur durch eine überlegene Leistung niedergerungen werden kann. Die Plattform, auf der die hinter der Regierung stehenden Parteien ihren Wahlkampf führen werden, ist in gewissen Grenzen nunmehr abgesteckt. Wenn auch im bürgerlichen Lager eine kaum dagewesene Zersplitterung herrscht, so haben sich in den letzten Tagen doch schon Annäherungen herausgebildet, die unter der Parole der Sammlung erfolgten und die zu weitergehenden Zusammenschlüssen führen dürften, wenn die Regierung noch aktiver als bisher in die Entwicklung des Wahlkampfes eingreift. Der Sinn dieses Wahlganges, der bisher zu vermissen war, tritt jetzt langsam in Erscheinung.

Dr. Venter.

Neuzeitliches Heidentum.

Der Abfall vom Christentum, seinem Glauben und seiner Kirche hat, möchte man sagen, zu allen Zeiten bestanden. Doch lassen sich unschwer gewisse Zeitalter erkennen, in denen die Abfallsbewegung besonders stark in Erscheinung trat. Wir können als Grund für die moderne Gottlosigkeit vor allem unsere industrielle Entwicklung mit all ihren Begleiterscheinungen anführen: Der Siegeszug der Maschine, die Herabwürdigung des Menschen zum Diener der Maschine, seine Loslösung von der Natur und seine Zusammenrottung in den steinernen, toten Labyrinthen der Großstädte, und daraus schließlich das Emporkommen der materialistischen Weltanschauung. Vor allem auch unsere Arbeiter, tagaus, tagein in den einförmigen Gang einer mechanischen Arbeit gepreßt, oft von wirtschaftlichen Sorgen und Wohnungsnot bedrückt, verzagen vor Gott und suchen daher das Leben in stark sinnlich betonter Weise zu genießen. Wie heftig gerade die materiellen Umstände mitsprechen, kann man z. B. aus folgender kleinen Notiz entnehmen, die vor kurzem in den Tageszeitungen stand: In Weißenfels (Provinz Sachsen) kehrte ein erwerbsloser Arbeiter in die Kirche zurück und ließ seine drei Kinder taufen aus Freude darüber, daß er wieder Arbeit und Verdienst gefunden hatte! Solcher Beispiele gibt es Tausende. Denn jährlich treten rund 20 000 Dissidenten wieder — z. B. in die evangelische Kirche — ein. Man sieht: bei vielen sogenannten Freidenkern ist der Glaube nicht tot, er schlummert nur.

Die Gottlosigkeit ist, historisch betrachtet, in ihrer heutigen Form eine Folge des vorigen Jahrhunderts. Gewiß gab es um 1900 erst 10 000 Konfessionslose in Deutschland (0,02 v. H.), aber schon 1910 waren es 206 000. Das ist doch immerhin eine jährliche Reinzunahme von etwa 19—20 000. Damals entstanden auch die ersten „Freidenker"-Vereinigungen in Berlin, Leipzig, Hamburg. Eine starke Zunahme der Freidenker setzte aber doch erst nach 1918 ein. Zwar vermochte die neue Reichsverfassung die Trennung der Kirche vom Staate durchzuführen und den Glauben als Privatsache zu erklären (vor allem: Einrichtung „bekenntnisfreier" — weltlicher — Schulen und Abschaffung des religiösen Eides), aber man ging doch nicht soweit wie in Rußland, daß man nun radikal die christliche Kirche, die Grundlage unserer Kultur seit mehr als einem Jahrtausend, ausrotten wollte. Es hat seitdem sogar von seiten des Staates eine rückläufige Bewegung eingesetzt, die sich durch den Abschluß der Konkordate in Bayern und Preußen offenbarte.

Mehr noch als die Kirchenzugehörigkeit ist heute die sogenannte Freidenkerbewegung reine Privatsache. Ihre unentwegtesten Vorkämpfer sind die Kommunisten, welche die gottlosen Ideale Moskaus auch bei uns zu verwirklichen trachten. Wir können im letzten Jahrzehnt einen dreimaligen Vorstoß gegen das Christentum feststellen. Zunächst 1919 und 1920, als die Kommunistische Partei ins Leben gerufen wurde. In diesen beiden Jahren traten rund 600 000 Menschen aus der evangelischen und katholischen Kirche aus. Ein zweiter Vorstoß wurde gelegentlich des Kampfes für die Enteignung der Fürstenvermögen 1926 unternommen. Damals kehrten rund 200 000 den christlichen Kirchen den Rücken. Ein dritter Angriff liegt unmittelbar hinter uns. Ausgehend von den schändlichen Christenverfolgungen in Rußland zu Anfang 1930 erlebten wir in Berlin die Kulturschande der „Proletarischen Kultur-Ausstellung", welche die „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur" ausführte, und die Schändung christlicher Kirchen in Berlin und dem Rheinland.

In der Tat ist es den Kirchenfeinden gelungen, ihre Anhängerschar in Deutschland zu vergrößern. Folgende Tabelle, die sich auf umfangreiche Erhebungen, Zählungen und Schätzungen aufbaut, mag dies erläutern. Von 1000 Deutschen waren konfessionslos:

1900: 0,2; 1910: 3,2; 1919: 9,2; 1920: 14,2; 1921: 18,2; 1922: 20,6; 1923: 22,4; 1924: 23,4; 1925: 24,8; 1926: 27,6; 1927: 30,0.

Man zeigt sich, daß die Gottlosigkeit nicht gleichmäßig verteilt ist, sondern sich besonders in stark indu-

striellen Gebieten entwickeln kann, d. h. ihr Schwerpunkt liegt im Industrieviereck in demjenigen Teile Deutschlands, der begrenzt wird im Osten von der Elbe, im Süden vom Main, im Westen vom Rhein und im Norden vom Meer. Es entfallen also 1927 auf 1000 Einwohner Konfessionslose in

Freistaat Sachsen 54,5; Freistaat Braunschweig 48,4; Freistaat Thüringen 43,7; Freistaat Anhalt 41,8; Provinz Schleswig-Holstein 27,3; Provinz Sachsen 26,8; Provinz Westfalen 23,3; Rheinprovinz 21,6.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Rheinprovinz links des Stromes keine nennenswerten Gottlosigkeitsziffern aufzuweisen hat, sondern der Teil rechts des Stromes (unteres Ruhrgebiet).

Dagegen zieht sich zwischen Rhein und Elbe, im wesentlichen der Weser folgend, ein Streifen Landes, in dem die Gottlosigkeit stark zurücktritt:

Oldenburg 6,7; Hannover 14,5; Schaumburg-Lippe 1,1; Lippe 1,6; Waldeck 6,4; Hessen-Nassau 14,4; Freistaat Hessen 13,1.

In Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig hat die kommunistische Wirtschaft, die hier von 1919 bis 1923 zeitweise am Ruder war, der Gottlosigkeit erheblichen Vorschub geleistet. Nur einige Zahlen: I. Thüringen, Altenburg, Stadt und Land 68, Arnstadt 64, Eisenach Stadt 46 (Land 17), Gera Stadt 153 (!) (Land 50), Gotha 112, Greiz 55, Jena 109, Zella-Mehlis 87. II. Sachsen, Chemnitz Stadt 52 (Land 79), Dresden Stadt 58 (Land 77), Leipzig Stadt 105 (Land 109), Freital 166, Meißen Stadt 91 (Land 31), Oelsnitz i. V. 81 (Land 17), Pirna Stadt 63 (Land 59), Wurzen 54, Zittau Stadt 42 (Land 47), Zwickau Stadt 35 (Land 72). III. Anhalt, Bernburg Stadt 67 (Land 26), Dessau Stadt 60 (Land 59), Zerbst 44. IV. Braunschweig, Braunschweig Stadt 113 (Land 32).

Man sieht schon aus diesen Beispielen, wie ungleich größer der Anteil der Städte als der ländlichen Bezirke ist. Noch viel mehr zeigt sich das bei unseren Großstädten. Von 52 deutschen Großstädten wiesen 1925 allein 31 eine Dissidentenziffer auf, die erheblich größer als die des Reiches war. Vor allem erkennt man, daß in Ostelbien wie in Süddeutschland sich fast ausschließlich die Gottlosigkeit auf die Städte und Großstädte beschränkt. In diesen Gebieten fehlt noch fast vollkommen die Industrie. Ich setze die deutschen Großstädte mit ihren Dissidentenziffern hin, wobei die zweite Zahl in Klammern für den entsprechenden Landbezirk gilt:

Braunschweig	113	(32)	Elberfeld	43	
Leipzig	105	(109)	Dortmund	41	(40)
Berlin	87		Mannheim	41	(6)
Kiel	76		Düsseldorf	40	(39)
Bremen	76	(24)	Erfurt	40	(5)
Hamburg	71	(41)	Essen	40	(32)
Magdeburg	81		Gelsenkirchen	40	
~~Dresden~~	~~56~~	~~(77)~~	~~Ludwigshafen~~	~~56~~	
Harburg	55	(29)	Duisburg	34	
Chemnitz	52	(79)	Bochum	32	(39)
Wesermünde	52		Breslau	31	
Barmen	51		Mühlheim (Ruhr)	30	
Altona	48		Stettin	30	
Hannover	48	(15)	Frankfurt (M.)	29	
Halle	46	(38)	Oberhausen	27	
Buer	44				

Von diesen 31 Städten liegen zwei südlich des Mains (Mannheim, Ludwigshafen), vier östlich der Elbe (Berlin, Kiel, Breslau und Stettin), keine westlich des Rheins. Dagegen haben wir fünf Großstädte westlich des Rheins (Aachen, Köln, Krefeld, München-Gladbach und Mainz), sechs südlich des Mains (Augsburg, Karlsruhe, München, Nürnberg, Stuttgart und Würzburg) und zwei östlich der Elbe (Lübeck und Königsberg), deren Dissidentenziffer niedriger ist als die des Reiches. Ihnen entsprechen innerhalb des Rhein-Main-Elbe-Vierecks nur zwei: Wiesbaden 23 (15) und Kassel 20 (8).

Man vermag also aus diesen Darlegungen deutlich zu erkennen, daß die neuzeitliche Gottlosigkeit zwar kein allgemeines Merkmal des deutschen Volkes ist, aber doch zu den bedenklichen Dekadenzerscheinungen unseres industriellen Wirtschaftslebens gehört. Unsere ländlichen Gebiete sind gesund, darum halten sie an ihrem Glauben fest. Für unser Industriewesen und unsere Großstädte heißt es aber: Gebt mehr Menschenwürde und ihr empfangt mehr Glauben! Denn das moderne Heidentum ist nichts anderes als der Ausdruck des Kampfes zwischen Mensch und Maschine.

Zersetzung oder Zusammenschluß?

Uns wird geschrieben:

Fast kein Tag vergeht, da nicht ein neuer Aufruf einer neuen Partei erschiene. Wenn das in dem bisherigen Tempo und Ausmaß fortschreitet, so sind die Ergebnisse, falls man überhaupt noch von solchen sprechen darf, nicht mehr abzusehen. Wir wollen an Aufrufen, wie dem einer „Partei der Sportsleute und Turner" und ähnlichen mehr oder weniger guten Scherzen vorbeigehen. Aber auch dann muß man, falls die Entwicklung vom volksdeutschen Standpunkt betrachtet wird, die traurige Feststellung machen, daß fast jeder „Zusammenschluß" in Wirklichkeit nur fortschreitende Zersetzung bedeutet. Andererseits wird man die Neugründung der sogenannten Staatspartei ernster nehmen müssen als andere Splittererscheinungen. Es handelt sich hier offenbar um eine **Neuerscheinung der Deutschen Demokratischen Partei.** So wird sie jedenfalls aufgefaßt, und dabei ist die Feststellung nicht ohne Interesse, daß diese Staatspartei sich nicht im schlechten Sinne zum Teil sehr deutlich von der alten demokratischen Partei unterscheidet. Sollte sich da etwa eine Wandlung vorbereiten, eine stärkere Abkehr vom Marxismus als dies bisher der Fall gewesen ist? — Wir wollen es — hoffen!

Die Demokraten haben im Laufe der Jahrzehnte — der Parteiname spielt ja hier keine Rolle — gewaltige Wandlungen durchgemacht. Die Demokraten waren einst Liberale. Sie setzten ihre — bürgerliche — Anschauung im liberalen Sinne der bürgerlich-konservativen Anschauung gegenüber, stets wohl bewußt, daß es letzten Endes einen Rahmen gibt, der Liberale und Konservative umschließt, um sie zu einen im Kampfe gegen die Kräfte, die das Eigentum verneinen und Feinde der Ordnung und der geregelten Arbeit sind. Diese klaren Scheidungen verschwammen allmählich, und nach dem Kriege trat mehr und mehr das politische, parteipolitische, koalitionstaktische Moment in den Vordergrund.

Man kann, ja man muß, wenn es not tut, sich schon dazu bequemen, von der Vergangenheit zu lernen. Man sollte auch heute nicht vergessen, daß das deutsche Bürgertum einen Kampf um Leben und Tod führt. Da gibt es nur die Parole: Burgfrieden, der erreicht werden muß, und sollte es noch so viele Opfer kosten. Möge im einzelnen diese oder jene in dieser oder jener Form des politischen Handelns das Heil erblicken. Es gibt ein Etwas, das auch in der Politik über den Dingen steht, das etwas Heiliges sein sollte, sein muß: die Nation! Wenn es jetzt Fehden gibt zwischen den einzelnen Neubildungen innerhalb des Bürgertums, Fehden, die über den Wahlkampf hinauszugreifen vermögen, die während des Wahlkampfes den Wähler vollkommen kopfscheu machen, so daß er gar nicht weiß, wohin er sich wenden soll, dann wird folgerichtig nur eines eintreten können: Millionen werden sich, angeekelt und angewidert von dem Treiben der politischen Reibereien — um ein mildes Wort zu wählen — abwenden und vielleicht vergessen, daß Wahlrecht Wahlpflicht bedeutet. Das werden dann aber leider nicht die schlechtesten Elemente sein, es werden gerade die sein, auf die es ankommt, und das kann zu einer Katastrophe führen, zu einer Katastrophe für das Bürgertum, was gleichbedeutend mit einer Katastrophe der Nation wäre, die nun einmal in deutschen Landen, ja, soweit die deutsche Zunge klingt, mit der bürgerlichen Weltordnung aufs innigste verbunden ist, auf ihr sich aufbaut. Während der bevorstehenden heißen Kämpfe sollte man nicht vergessen, daß es um deutsche Wahlen geht.

*

„Es läßt sich nicht leugnen, daß die Neugründung vorerst einen etwas einseitigen parteidemokratischen Beigeschmack hat. Wir wollen nicht hoffen, daß die etwas übers Ziel hinausschießende Behauptung, es handle sich bloß um eine Umtaufung der bisherigen Demokratischen Partei sich bewahrheitet. Immerhin muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß eine einseitige Linksorientierung für die so dringend erwünschte staatsbürgerliche Sammlung nicht in Frage kommen darf." (W.Z.)

Alpengrenze als Operationsbasis

Französische Unruhe über die italienischen Grenzbefestigungen.

— Paris, 30. Juli.

Der „Matin" zeigt sich über den Ausbau der italienischen Grenzbefestigungen in den Alpen beunruhigt und schreibt:

„Seit 1918 hat Frankreich seine Grenzen nach Italien vollständig vernachlässigt, während Italien sie sorgfältig ausgebaut hat (?). Seitdem der Faschismus ans Ruder gekommen ist, haben die Italiener die Alpengrenze zur Basis ihrer militärischen Operationen gemacht. Die Garnisonen sind immer weiter nach Norden vorverlegt worden. Von allen Gipfeln überwachen Posten der Schwarzhemden das Gebirge. Zwischen Mentone und dem Tende-Paß sind etwa 500 Faschisten postiert. Die italienischen Zufahrtsstraßen sind ausgebaut worden und zahlreiche Eisenbahnstrecken für den Transport von schwerer Artillerie verstärkt worden. Schon jetzt können die Geschütze auf dem Monte Gramondo wirksam das französische Fort von Mont-Agel beschießen. Hie und da werden Spione verhaftet. All das hat auf die Einbildungskraft der Grenzbevölkerung wirken können."

Ein anderes Blatt meldet aus dem Alpengebiet, in der Nähe der italienischen Grenze, aber auf französischem Gebiet, sei

ein italienischer Soldat überrascht

worden, der ein geladenes Gewehr und 30 scharfe Patronen mit sich geführt habe. Bei der Flucht vor dem französischen Posten sei der Italiener verunglückt. Mit einem Beinbruch habe man ihn in ein französisches Lazarett eingeliefert.

— In Moskau wurden die Ratifikationsurkunden über die Verlängerung des russisch-türkischen Freundschaftsvertrages ausgetauscht.

Das Ergebnis der Mittelmeerreise der deutschen Flotte.

Von Konteradmiral a. D. Erich Mahrholz, Kiel.

Nachdem die deutsche Flotte von ihrer mehrmonatigen Mittelmeerreise zurückgekehrt ist, kann man nach dem Studium der Presse mit Genugtuung feststellen, daß das Ergebnis dieser Fahrt in jeder Weise hocherfreulich ist. Die Aufnahme der deutschen Schiffe in Spanien und Jugoslawien war gut, in Italien und Griechenland vorzüglich. In Spanien scheint die neue Regierung Deutschland gegenüber etwas zurückhaltender zu sein als die Diktatur, und in Jugoslawien hat wohl der glänzende Empfang der Schiffe seitens der italienischen Regierung etwas verstimmt, die von der jugoslawischen Regierung vielleicht empfohlene Zurückhaltung wurde jedoch durch das liebenswürdige Verhalten der jugoslawischen Marine wieder voll ausgeglichen. In Spalato paradierte der Kreuzer „Königsberg" und die Torpedoboote vor der Königin von Jugoslawien, und in Catania wurde der deutsche Flottenchef vom König von Italien empfangen. Besonders herzlich aber war die Aufnahme der Schiffe in Griechenland, wo die Presse sich in überraschend warmer Weise über die deutschen Schiffe und ihre Besatzungen aussprach.

Uebereinstimmend wurde in der Presse aller besuchten Länder die vorzügliche Haltung unserer „blauen Jungens" gerühmt. So schreibt der „Liberal" in Santander (Spanien): „Auffallend war die korrekte Haltung der Besatzung, die sich rühmlich von dem Auftreten der Vertreter anderer Nationen unterschied... Die stattlichen deutschen Seeleute zeichnen sich durch ihre hervorstechende Bildung aus, sie haben ein Auftreten, das sie beliebt macht... Wenn sie in ein Lokal kommen, so nehmen sie ohne weiteres die Mütze ab und behalten sie auch ab, solange sie in dem Restaurant sind. Das tun sowohl Offiziere wie Mannschaften... Dieses Benehmen ist auf die sorgfältige Erziehung des deutschen Volkes zurückzuführen... So erobert man die Welt, wenigstens die gebildete: Besser mit dem Hut in der Hand als mit Kanonen und Tanks... Während des ganzen Aufenthalts ist nicht der geringste unangenehme Zwischenfall vorgekommen." — Der Präsident des Kgl. Regattaklubs in Alicante erging sich gleichfalls in Lobsprüchen auf die deutsche Marine und das deutsche Volk. Er sagte in einer Rede: „Auf ihren Reisen, bei denen sie zeigen, wie sie tatsächlich vorangekommen sind, und wie man durch angenehmes Verhalten in reichem Maße Sympathien erweckt, haben die deutschen Seeleute mehr Freunde erworben als sie es mit Kanonen und Bajonetten hätten tun können." Und in einer Schilderung des Besuches an Bord heißt es in der „Voz de Cantabria" in Santander: „An die Tür der Kammer kommen nacheinander mehrere Matrosen, um Meldungen zu machen. Nach dem üblichen Gruß, den die Offiziere mit derselben Korrektheit erwidern, wechseln sie lächelnd freundliche Bemerkungen und herzliche Worte. Es ist wärmste Kameradschaft innerhalb der schärfsten Disziplin. Es ist ein Geheimnis des Umgangs, das wir Südländer niemals besitzen werden... Das ist das Deutschland, das die Welt erobern wird, ohne einen Schuß zu verfeuern, das Deutschland derer, die damals 12 Jahre alt waren . . ."

„Akropolis" in Athen schreibt u. a.: „Aus dem Erscheinen und Auftreten der deutschen Seeleute in den Athener Straßen können wir uns eine Vorstellung von der Art und den Methoden machen, mit denen die große Republik Mitteleuropas seine künftige Durchsetzung anstrebt. Ernst, würdig, anständig und imponierend, wurden die deutschen Matrosen, wo sie auch vorüberkamen, bewundert und mit Beifallsbezeugungen überschüttet, als Muster der Moralität, Disziplin, der Ordnung und der harmonischen Bewegung. Aus den scharfen Zügen vieler Gesichter, aus der Klarheit und der Liebenswürdigkeit ihrer träumerischen, blauen Augen, aus ihrer strammen Haltung, ihrem lebhaften, festen Tritt, aus ihrem sympathischen Auftreten zeigte sich das bewundernswerte Bestreben eines unverwüstlichen Volkes, sich durchzusetzen und Erfolg zu haben. Das Athener Volk eilte hin, um die deutschen Matrosen zu sehen, um in ihren Personen lands zu begrüßen, das in kurzer Frist den normalen Lauf seines Lebens wiedergefunden hat, trotz aller furchtbaren Prüfungen und Entbehrungen, trotz aller ihm von den Siegern auferlegten drückenden Finanzlasten und dem härtesten moralischen Druck. Wie sollten uns daher nicht die heldenhafte Widerstandskraft und das titanische Bemühen des deutschen Volkes rühren und zur Bewunderung zwingen? Wie sollten wir nicht den Wunsch haben, mit dem Nachkriegsdeutschland in engere Verbindung zu treten?"

Aber auch politisch wurde der Besuch gewertet; Frankreich konnte es sich natürlich nicht versagen, den Besuch der deutschen Flotte im Mittelmeer als eine Herausforderung Frankreichs und als eine ziemlich plumpe Aufforderung an Italien hinzustellen, und der „Figaro" schreibt, daß die Anwesenheit der deutschen Kriegsschiffe im Mittelmeer und der russischen im Schwarzen Meer darauf hinweise, daß die Welt in Zukunft vor weit mehr Probleme gestellt werden würde, als man in London denke. Aber das „Popolo d'Italia" in Mailand schreibt unter der Ueberschrift „Die wahre Entwaffnung" u. a.: „Der herzliche und festliche Empfang, der in den sizilianischen Häfen den Mannschaften des im Mittelmeer auf einer Rundfahrt befindlichen deutschen Geschwaders seitens der Behörden und der Bevölkerung zuteil wurde, hat in einigen europäischen Hauptstädten Mißtrauen und Befürchtungen angelöst, und die Presse eines Mittelmeerstaates wollte daraus sogar eilige Schlußfolgerungen für die Zukunft ziehen. Niemand aber hat daran gedacht, den moralischen Wert dieser Empfänge zu unterstreichen. Italien war die erste Macht in Europa, die die Kriegsmentalität abgestreift hat, die erste Macht, die die Geister entwaffnet, die erste, die Haß und Groll vergessen hat. Wir sind die ersten, die mit unseren ehemaligen Feinden normale Beziehungen und freundschaftliche Verbindungen aufgenommen haben, die der Friedenszustand für alle als natürlich und logisch hätte erscheinen lassen müssen. Es war deshalb auch ganz logisch, daß die Bevölkerung und die Behörden italienischer Städte die Besatzungen deutscher Kriegsschiffe mit herzlichen Sympathiekundgebungen empfingen, die im lateinischen Meere die jahrhundertealten Beziehungen zwischen zwei großen Nationen wieder anbahnten und Zeugnis dafür ablegten, daß der Krieg zwischen Italien und Deutschland seit 12 Jahren beendet ist."

Einige griechische Blätter benutzen den Besuch der deutschen Schiffe als Anlaß, um ihre Bewunderung für

Kurswechsel in Preußen?

Vorstandstagung des Zentrums. — Reichskanzler Dr. Brüning über die politische Lage.

— Berlin, 30. Juli.

Im Reichstagsgebäude trat der erweiterte Vorstand der Zentrumspartei unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Kaas zu einer Sitzung zusammen. In seinem Vortrag über die politische Lage streifte Prälat Kaas auch die Umbildung des deutschen Parteiwesens; für eine endgültige Stellungnahme, so erklärte Redner, müsse man erst den Erfolg der neuen Versuche abwarten.

Der Führer der Zentrumsfraktion im Preußischen Landtag, Abg. Heß, beleuchtete das Verhältnis der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie und erklärte, für die preußische Zentrumsfraktion würde es unmöglich sein, mit der Sozialdemokratie weiter zusammenzuarbeiten, wenn die Haltung der Sozialdemokratie dem Zentrum und insbesondere dem Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber sich nicht ändere.

Wenn mit diesen Kampfmethoden nicht Schluß gemacht werde, falle die Verantwortung auf die Sozialdemokraten zurück. Einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die politische Lage hielt sodann Reichskanzler Dr. Brüning, der insbesondere einen Ueberblick gab über den schwierigen Weg, den die deutsche Finanzpolitik der letzten Jahre gegangen ist. Die Möglichkeit der Sanierung der Reichsfinanzen auf parlamentarischem Wege sei durch die Stimmen der Rechten und der Linken genommen worden. Die Anwendung des § 48 sei keine diktatorische Maßnahme, sie stelle vielmehr ein Mittel dar „zur Erziehung des deutschen Volkes zum staatspolitischen Denken".

Den Rechenschaftsbericht über die Arbeiten der Reichstagsfraktion erstattete Abg. Esser.

*

Auch Wirth warnt die Sozialdemokraten.

— **Berlin**, 30. Juli. In einer Kundgebung des katholischen Jugendringes und der Berliner Windthorstbünde sprach am Dienstag abend Reichsinnenminister Dr. Wirth über das Thema „Volksstaat in Not". Wirth betonte, daß keiner Staatsform ewiger Bestand garantiert sei und daß das Nichtzustandekommen einer Mehrheitsbildung die Krise der Demokratie herbeiführen werde. Die Sozialdemokratische Partei habe, obwohl sie eine Verfassungspartei sei, einer solchen Entwicklung Vorschub geleistet. Es sei beispiellos, in welch ehrloser Weise bereits ein Vierteljahr nach ihrem Regierungsantritt die Sozialdemokratie ihre früheren Regierungsfreunde angreife. Den Sozialdemokraten gelte seine Warnung, daß es nicht angehe, in Preußen miteinander, im Reich aber gegeneinander zu regieren. Die Sozialdemokraten wollten über die Reichstagsauflösung zur Macht im Reiche gelangen. Sie dürften aber versichert sein, daß sie auch nach der Wahl im Reich nicht allein regieren werden. Wenn bestimmte Regierungsmaßnahmen nicht jetzt erfolgt wären, dann wäre im Herbst aus dem Staat ein Trümmerhaufen geworden.

Das Zentrum werde mit den Rechtsparteien nunmehr genau so gut wie bisher mit den Linksparteien zusammen regieren. Er begrüße die konservativen Parteien in ihrem Bekenntnis zur Republik, das ihnen ein Zusammengehen mit dem Zentrum ermögliche. Es sei bedauerlich, daß die konservativen Kräfte mit ihrer alten politischen Erfahrung der Republik in ihren ersten zehn Jahren völlig verloren gegangen seien. Die Zentrumspartei müsse unter der christlich-sozialen Fahne erstarken. Dann seien der Staat und die Republik gerettet.

Umstrittene Rechtsfragen.

Kann die Aufhebung der Notverordnungen verlangt werden?

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung ist auf Mittwoch, den 6. August, zu einer Sitzung einberufen worden. Bekanntlich ist die Frage umstritten, ob der Ausschuß berechtigt ist, die Aufhebung der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen zu fordern. Der Ausschuß wird diese Frage behandeln.

Ferner liegt dem Ausschuß ein Antrag des Reichsministers des Innern vor, die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Schneller zu genehmigen. Schneller gehört den beiden ständigen Ausschüssen des Reichstags, dem auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, an. Ob dieser letztere Ausschuß nach Auflösung des Reichstags berechtigt ist, die Genehmigung zu erteilen, ist ebenfalls eine umstrittene Frage, die im Ausschuß geklärt werden soll.

Auch die Demokraten nicht geschlossen für die Staatspartei.

Erkelenz an Koch-Weser.

Austritt aus der Demokratischen Partei.

Der demokratische Abgeordnete Erkelenz hat an den Parteivorsitzenden Koch-Weser einen Brief gerichtet, in dem er mitteilt, daß er sein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Partei niederlege und die ihm angebotene Spitzenkandidatur in Düsseldorf-Ost und -West abzulehnen entschlossen sei.

Als Grund gibt Erkelenz an, daß die Demokratische Partei durch die Anlehnung an das Kabinett Brüning ihren Grundcharakter sehr stark verändert habe. In der Regierung Brüning sei die Demokratische Partei mitverantwortlich geworden für alle reaktionären Wünsche der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landbundes. Für ihn — Erkelenz — bleibe nur der Entschluß, aus der Demokratischen Partei auszutreten und sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Die gewerkschaftliche Stellung, die Erkelenz als Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkvereins (Hirsch-Duncker) bekleidet, wird durch seinen Entschluß nicht berührt.

Aktionsausschuß der Staatspartei.

Der demokratische Parteiausschuß tagt. — Einberufung des volksparteilichen Reichsausschusses.

Das Büro der Deutschen Staatspartei gibt die Bildung eines Aktionsausschusses bekannt. Die Führung des Aktionsausschusses haben übernommen der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens und Vorsitzender der Volksnationalen Vereinigung, Arthur Mahraun, der bisherige Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei Koch-Weser, der Jungvolksparteiler Dr. Winschuh und der Gewerkschaftssekretär Glimm, der bisher der Deutschnationalen Volkspartei angehörte. Die Führung gilt als provisorisch und soll durch neuhinzustoßende Kräfte ergänzt werden.

Am heutigen Mittwoch beschäftigt sich der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei mit der Gründung der Deutschen Staatspartei. Man erwartet die Zustimmung des Parteiausschusses zu der Zusammenschlußbewegung. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei ist für Donnerstag nach Berlin einberufen. Zweck der Tagung ist die Erörterung der politischen Lage.

Studententag für Arbeitsdienstpflicht.

Im Interesse der Volksgesundheit und der Stärkung der Wehrhaftigkeit.

Der Deutsche Studententag in Breslau befaßte sich in seiner Schlußsitzung u. a. mit der Frage der Arbeitsdienstpflicht und forderte für sämtliche gesunden Männer die Einführung eines Arbeitsdienstjahres.

Die Arbeitsdienstpflichtigen sollten neben einhaltägiger Arbeit sehr sportlich geübt und in politischen und kulturellen Fragen unterrichtet werden. Durch die Einführung dieses auch in anderen Ländern bereits angewandten Systems verspricht sich die Deutsche Studentenschaft eine erhebliche Stärkung der deutschen Wehrkraft sowie eine Auffrischung der Volksgesundheit in körperlicher und sittlicher Richtung. Die Deutsche Studentenschaft erblicke in der Einführung des Arbeitsdienstjahres eine der vornehmsten Aufgaben einer deutschen Regierung und erkläre, daß sie zur aktiven Mitarbeit an der Durchführung dieses Programms bereit sei.

Zum Schlusse der Tagung wurde zum ersten Vorsitzenden der Studentenschaft Schulz-Berlin bei 41 Stimmenthaltungen einstimmig gewählt. Als Mitvorsitzende wurden Gierlichs-Marburg und Reininghaus-München gewählt.

* Im Alter von 59 Jahren starb in Bern der frühere österreichische Gesandte Freiherr von Krauß.

die Leistungen der deutschen Marine und des deutschen Volkes im Weltkriege Ausdruck zu geben und zu beklagen, daß Griechenland, durch falsche Versprechungen der Westmächte gezwungen, gegen Deutschland habe kämpfen müssen. So schreibt „Ephimeris Chrimatistirion" in Athen: „Alle unsere früheren Alliierten, an deren Seite wir gekämpft und gelitten haben, haben uns politisch schlecht behandelt und finanziell aufgerieben. Die Franzosen haben in Kleinasien die Türken als ihre Verbündeten bewaffnet. Das Benehmen der Engländer auf Cypern spottet jeder Beschreibung. Die Italiener unterminieren unsere internationale Stellung nach dem offenen Angriff Mussolinis auf Korfu, kreisen uns im Norden durch Albanien ein und halten unseren Dodekanes besetzt. Allein die Deutschen, die wir bekämpften und die die ersten Urheber des Durchbruchs der Balkanfront geworden sind, nur diese arbeiten heute mit uns kommerziell und wirtschaftlich nach Maß ihrer Kräfte mit Weitblick zusammen. Wir Griechen müssen den Deutschen mit Freundschaft und ohne Vorbehalt die Hand reichen, indem wir die tapfere deutsche Flotte freundlich aufnehmen, deren Offiziere bewiesen haben, daß, wenn sie nicht überhaupt die ersten in der Marinetechnik und in der Tapferkeit sind, jedenfalls unzweifelhaft in der gleichen ersten Linie stehen. Wir müssen die deutsche Freundschaft pflegen und dem deutschen Handel und der deutschen Industrie die Tore des Staatsgebietes genau so wie die Deutschen es gegenüber den Erzeugnissen Griechenlands tun, weit öffnen und die Errichtung einer deutschen Bank in Griechenland unter Niederlassung geeigneter Vertreter der ganzen deutschen Industrie verlangen, indem wir der deutschen Produktion vergelten, was auch Deutschland für unsere Produktion getan hat."

Wenn man dies liest, dann erkennt man, welchen Wert die Reisen unserer Kriegsschiffe für die Liquidierung des Weltkrieges und für die Aufklärung der Welt über die Kriegsschuldlüge haben, und man kann nur bedauern, daß die geringe Zahl der Schiffe und die vielen sonstigen Aufgaben der Marine es nicht zulassen, daß sich unsere Schiffe noch öfter in fremden Gewässern zeigen.

Verstimmung in Paris.

— Paris, 30. Juli.

Wie verlautet, ist der französische Außenminister Briand gegenwärtig damit beschäftigt, einen Abschlußbericht über das Ergebnis seiner Paneuropa-Rundfrage bei den 26 Regierungen, die er um ihre Stellungnahme ersuchte, auszuarbeiten. Zu welchen Schlüssen Briand in diesem Schlußbericht kommen wird, ist im Augenblick noch unklar.

Bisher gingen die französischen Bestrebungen dahin, anläßlich der am 10. September beginnenden Herbstversammlung des Völkerbundes Studienkommissionen in Genf einzusetzen und ihnen die Antwortnoten der Mächte zur Prüfung der Frage des weiteren Vorgehens zu unterbreiten. In den letzten Tagen der Herbstversammlung sollte dann eine Plenarkonferenz die Berichte der einzelnen Ausschüsse zu einem Ganzen zusammenfassen.

Natürlich war niemals daran zu denken, daß diese Plenarkonferenz den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa hätte freimachen können; dazu stehen der Befriedung Europas noch zu große Hindernisse im Wege, die nicht durch Resolutionen aus der Welt geschafft werden können. Wohl aber hätte diese Vollversammlung eine neue Studienkommission mit einem neuen Arbeitsprogramm einsetzen und so die Dinge in Fluß bringen können.

Heute ist aber auch darauf nicht mehr zu hoffen. Mit der Absage Englands fiel ein Reif in der paneuropäischen Frühlingsnacht, wodurch alle Blüten geknickt wurden. Alles Uebrige zerstörte der Kurzschluß im deutschen Reichstag, den man in Paris von Anfang an sehr richtig dahin kommentierte, daß eine geschäftsführende deutsche Regierung auf der Genfer Herbstversammlung sich in der Paneuropafrage größte Zurückhaltung auferlegen muß.

Selbstverständlich ist Briand nach wie vor bemüht, wenn nicht in Genf, so doch nach der Völkerbundstagung doch noch eine Studienkommission zustande zu bringen; mit der Verlangsamung des Marschtempos muß sich Frankreich aber abfinden.

Von deutschen Gesichtspunkten aus ist diese Wendung nicht zu tadeln. Es mag den Franzosen zwar unangenehm sein, daß Briands Vorstoß als einziges Ergebnis bisher nur die Unterstreichung der Unfertigkeit der europäischen Verhältnisse auf der Grundlage des Versailler Systems gehabt hat; wer es jedoch wirklich ernst mit dem Frieden meint, und nicht nur mit der Friedensgöttin flirten will, der kann das nur begrüßen. Frankreich, das sich bisher in dem Glauben befand, mit der Räumung des Rheinlandes genug für eine Verständigung getan zu haben, muß jetzt einsehen, daß die Beruhigung Europas weit erheblichere Opfer verlangt.

Es konnte nicht ausbleiben, daß dieser Verlauf der Paneuropadiskussion in Frankreich Verstimmung auslöste, die sich insbesondere auch gegen Briand richtete, der auszog, um das Bestehende gegen jede Anfechtung zu feien, und der nun zunächst nichts als Bescheinigungen über die Unhaltbarkeit der Versailler Regelung erbeutet hat. Daß eine ganze Anzahl Regierungen, so z. B. die polnische und die der Kleinen Entente, Frankreichs Auffassung vollkommen teilen, ist ohne Bedeutung. Entscheidend für den Ausgang der Sache ist lediglich die Haltung Deutschlands, Englands und Italiens.

Abgesehen von Briand richtet sich das Unbehagen der französischen Politiker auch gegen den Ministerpräsidenten Tardieu selbst, dem es trotz aller Bemühungen in seinen zwei Kabinetten nicht beschieden war, auch nur einen Bruchteil des Vertrauens zu gewinnen, das Kammer und Senat einst Poincaré entgegenbrachten.

Steuert Frankreich einer politischen Krise entgegen? Wie ernst die Dinge stehen, zeigte die etwas überraschend erfolgte Vertagung des Parlaments, zwei Tage vor dem französischen Nationalfeiertag, durch die zwar eine ganze Reihe bedeutsamer Gesetzentwürfe unerledigt geblieben sind, Tardieu dafür aber — den Abstimmungen entgangen ist. Oder sollte ihn das parlamentarische Sprichwort geängstigt haben, nachdem nach dem Nationalfeiertag jede Regierung stürzt? Inzwischen ist das Kabinett Tardieu für weitere drei Monate in seiner Existenz gesichert. Wird sich die Parlamentspause dahin auswirken, daß die Gemüter sich wieder beruhigen, oder werden die Leidenschaften, durch den Fehlschlag der mit der Räumung verknüpften Hoffnungen und den Verlauf der Paneuropa-Diskussion noch angefacht, in der dreimonatigen Ferienpause nur noch zunehmen, so daß sie zu Beginn der Herbsttagung heftig aufeinander und das Kabinett Tardieu auseinanderplatzt?

Die Saarfrage.

Erklärungen des Staatssekretärs z. D. von Simson.

Der Führer der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, Staatssekretär z. D. von Simson, erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung" über den Stand der Saarfragen folgendes:

Die Verhandlungen sind bekanntlich wegen der Unmöglichkeit einer Einigung in der Grubenfrage suspendiert worden. Gewiß waren die beiden Delegationen auch in anderen Fragen noch weit auseinander, aber ich habe die Ueberzeugung, daß in all diesen Fragen schließlich eine Verständigung zustandegekommen wäre. In der Grubenfrage aber standen sich die französische These, die eine Lösung auf der Grundlage einer französischen Beteiligung am Betriebe der Saargruben zum Ziele hatte, und die deutsche These, derzufolge die Gruben ungeschmälert wieder in das Eigentum und den Betrieb ihrer früheren Besitzer, des preußischen und des bayerischen Staates, zurückgeführt werden sollten, unvereinbar gegenüber.

Staatssekretär von Simson führte dann weiter aus, daß die deutsche Delegation vor allem die Stellungnahme der Saarbevölkerung zu berücksichtigen hatte. Sie sei in ihren Zugeständnissen sehr weit gegangen, aber es gebe hier eine Grenze.

Hätte Deutschland auch die weitergehenden französischen Forderungen angenommen, so hätte es Zugeständnisse gemacht, die noch weit über den Versailler Vertrag hinausgingen und von der Saarbevölkerung

einmutig abgelehnt worden waren. Das war natürlich unmöglich. Auch wäre der einzige Vorteil, der sich für Deutschland ergeben hätte, die vorzeitige Rückgliederung des Saargebiets, damit viel zu teuer erkauft worden. Diese Rückgliederung wird nach dem Versailler Vertrag Anfang 1935 erfolgen müssen. Für eine Vorverlegung dieses Termins um nur vier Jahre können, so sehr sie im nationalen Interesse erwünscht wäre, nicht übergroße Opfer gebracht werden.

Zweierlei Maß.

Das Minderheitsschulwesen hüben und drüben.

Im Preußischen Landtag ist von der Wirtschaftspartei eine Kleine Anfrage eingegangen, in der darauf hingewiesen wird, daß die preußische Minderheitsschulverordnung der polnischen Minderheit in Deutschland ein Schulwesen verschafft habe, das aus Staatsgeldern erhalten werde, ohne daß die deutsche Minderheit in Polen das gleiche Recht zugebilligt erhalte, ja ohne daß auch irgendwelche Aussichten dafür bestänben.

Es wird in der Anfrage auf Ausführungen des Vertreters des Innenministeriums bei der Abstimmungsfeier in Allenstein hingewiesen, der erklärt habe, daß die Minderheit von den beispiellosen Freiheiten, die ihr die Mindheitsschulverordnung gebe, in einer Weise Gebrauch mache, die in vieler Hinsicht weit über das notwendige Maß hinausgehe. Es wird um Auskunft gebeten, was das Staatsministerium tun wolle, um eine weitere unheilvolle Auswirkung der Minderheitsschulverordnung und die damit verbundene schwere Schädigung des Deutschtums, wie sie nach dem Zeugnis des Regierungsvertreters bereits eingetreten sei, für die Zukunft zu verhindern.

Handelskrieg mit Rußland.

Entladungsverbot der Vereinigten Staaten gegen russische Waren.

— New York, 30. Juli.

Zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland ist ein Handelskrieg entbrannt. Die amerikanischen Zolligesetze enthalten seit langem eine Bestimmung, nach der Waren, die von Strafgefangenen hergestellt werden, nach Amerika nicht eingeführt werden dürfen. Diese Bestimmung hat jetzt das Schatzamt in Washington zum Anlaß genommen, um einen englischen und einem norwegischen Schiff die Löschung ihrer aus russischem Holzstoff und Zellstoff bestehenden Ladung zu verbieten.

Dieser Präzedenzfall wird dadurch besonders wichtig, da mindestens noch 32 weitere Dampfer mit russischen Rohprodukten, darunter auch Eisenerzen, nach Häfen der Vereinigten Staaten unterwegs sind.

Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichen die Meldungen über den Wirtschaftskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland in großer Aufmachung. „Herald an Tribune" zitieren ein Wort des Unterstaatssekretär des Schatzamtes, Lowman, nach dem Rußland die Vernichtung des amerikanischen Handels plane. Gegenüber den Forderungen nach einer Sperre für sämtliche russischen Erzeugnisse wird von Regierungsseite erklärt, eine derartige Maßnahme komme nicht in Betracht.

In politischen Kreisen bringt man das Vorgehen gegen Rußland mit der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung in Amerika in Verbindung. Die russische Handelsvertretung in den Vereinigten Staaten, die „Amtorg", wird beschuldigt, an der „kommunistischen Verschwörung gegen die Sicherheit der Union" teilzuhaben. Gebilligt wird das Vorgehen der amerikanischen Regierung gegen die russische Einfuhr vornehmlich von den Gewerkschaften, die von der Einfuhr russischer Erze einen Rückgang der Beschäftigung befürchten. Zurückhaltender äußert sich die verarbeitende Industrie, weil diese Industrie an der Einfuhr billiger russischer Rohstoffe ein Interesse hat.

Schmidt-Wodder an Karl Larsen.

Ehrung des dänischen Gelehrten durch die deutsche Minderheit.

Der Führer der deutschen Minderheit in Nordschleswig, Pastor Schmidt-Wodder, hat an den bekannten Kopenhagener Gelehrten und Schriftsteller, Professor Karl Larsen, den Förderer deutsch-dänischer kultureller Zusammenarbeit, nachstehendes Telegramm gesandt:

Herzlichen Glückwunsch anläßlich des 70. Geburtstages dem dänischen Manne, der im Kampf um seines eigenen Volkes Erneuerung Verständnis gewann für die Eigenart des deutschen Volkes und in ritterlicher Weise diesen Blick bewahrte auch in den Unglückstagen Deutschlands. Schmidt.

40 Jahre Windhuk.

Am 18. Oktober 1890 verlegte Hauptmann Francois das Hauptquartier der deutschen Schutztruppe nach Windhuk und legte somit den Grundstein zur Hauptstadt Südwestafrikas. Windhuk, das im kommenden Herbst das vierzigjährige Jubiläum feiert, ist heute eine moderne Stadt mit einem Autoverkehr, der im Verhältnis zur Bevölkerungszahl stärker ist als der mancher europäischen Großstadt.

Meuterei in Tschanga.

Kommunisten besetzten die Stadt und zerstören die Regierungsgebäude.

— Schanghai, 30. Juli.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben chinesische Kommunisten die Stadt Tschanga eingenommen und alle Regierungsgebäude zerstört. Die Garnison in Tschanga meuterte. Die Zivilbevölkerung mußte die Stadt verlassen. Abgesehen von den Regierungsgebäuden sollen die Kommunisten auch ausländische Handelshäuser verwüstet haben. Vierzig Ausländer begaben sich an Bord des britischen Kanonenbootes „Aphis". Sie werden nach Jotschau abtransportiert. Ein italienischer Missionar wurde von Kommunisten gefangengenommen. Ueber das Schicksal einer englischen Missionarin ist man im ungewissen.

Ferner sollen kommunistische Organisationen die am Han-Fluß liegende Stadt Jokiakau eingenommen haben.

„Gasangriff auf Lyon."

Französischer Probealarm größten Maßstabes.

In Lyon wurde ein großer Probealarm veranstaltet. Zugrunde lag der Demonstration ein „Gasangriff feindlicher Flieger". Um alles wirklichkeitsgetreu zu gestalten, übernahm gleichzeitig mit dem Alarm der Stadtkommandant, General Serrigny, den Oberbefehl über alle militärischen Dienststellen, über die Polizei, die Feuerwehr, den Straßen- und Ordnungsdienst, die Hospitäler sowie die Postverwaltung.

Auf die Meldung „Gasangriff" hin wurde die gesamte Bevölkerung alarmiert, Lichter wurden ausgelöscht, Scheinwerfer und Fliegerabwehrbatterien traten in Tätigkeit und als Krönung des Ganzen erfolgte dann der Gegenangriff der eigenen Fliegerwaffe.

Um angesichts der wenig befriedigenden italienisch-französischen Verhältnisse und der Nähe Lyons zur italienischen Grenze keine Beunruhigung aufkommen zu lassen, heißt es in einer Kundgebung abschwächend, „bei der Alarmierung handele es sich um nichts weiter als um ein gewöhnliches Experiment, wie es England und Italien schon häufig veranstaltet hätten".

England hofft auf Einigung mit Indien

Die um einen Ausgleich zwischen England und Indien bemühten Sapru und Jayakar haben eine weitere Besprechung mit Nehru Vater und Sohn gehabt. Diese haben einen Brief an Gandhi aufgesetzt, den Sapru und Jayakar dem Mahatma ablesen werden. Sapru und Jayakar haben angedeutet, daß sie mit dem bisherigen Verlauf ihrer Verhandlungen durchaus zufrieden seien.

Auch die Londoner Presse erblickt bei aller Zurückhaltung in der Fortdauer der Verhandlungen ein günstiges Vorzeichen.

Erleichterungen für Ostpreußen.

Herabsetzung der Fernsprechgebühren im Verkehr mit dem übrigen Reichsgebiet.

Die dem Verwaltungsrat der Reichspost als Hauptvertreter angehörenden preußischen Reichsratsmitglieder haben vor kurzem den Antrag gestellt, der Verwaltungsrat solle beschließen, daß im Fernverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet für die Gebührenberechnung an Stelle der bisher geltenden Entfernungsstufen künftig die nächstniedrigere Stufe maßgebend sei.

Dieser Antrag ist inzwischen dem Reichspostminister zugeleitet worden. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Reichspostminister Dr. Schätzel dem Wunsche auf Herabsetzung der Ferngesprächsgebühren im Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet unter Zurückstellung der bei der Deutschen Reichspost dagegen bestehenden Bedenken stattgegeben. Die Gebührenermäßigung tritt vom 1. August 1930 ab in Kraft.

R 100 auf der Fahrt nach Kanada

An Bord befinden sich 44 Personen. — Geschwaderführer Booth hat das Kommando.

Dienstag früh ist das englische Luftschiff R 100 zu seinem Fluge nach Kanada gestartet. An Bord befinden sich 44 Personen.

Auf dem Flugplatz in Cardington waren am Vorabend des Startes zahlreiche Zuschauer im Kraftwagen eingetroffen, um dem Start des Luftschiffes bei Morgengrauen beizuwohnen. Geschwaderführer Booth hat das Kommando. Major Scott, der das Luftschiff R 34 auf seinem Fluge über den Atlantischen Ozean befehligt hatte und auch an diesem Fluge teilnimmt, erklärte, er sei sehr zuversichtlich. Das Schiff habe sich bisher ausgezeichnet bewährt. Die Wetteraussichten seien äußerst gut. Das Schiff werde wahrscheinlich Rückenwind haben.

Die Flugstrecke

beträgt 3242 Meilen und geht über Birmingham, die Irische See, Dublin, den Atlantischen Ozean nach Nord-Neufundland über Anticosti und dann den St. Lorenzstrom hinauf an Quebec vorbei nach Montreal. Bei schlechtem Wetter würde das Schiff einen nördlicheren Kurs einschlagen und die kanadische Küste in der Nähe von Belle Isle überfliegen. Das Luftschiff R 100 führt über 30 Tonnen Brennstoff mit sich, was ihm genügend Spielraum auch bei Gegenwind gibt.

Die voraussichtliche Fahrtdauer.

Man rechnet damit, daß die Fahrt nicht länger als drei Tage dauern wird.

Hirth und Weller

auf Island gelandet.

— **Berlin,** 30. Juli. Wie der „Lokalanzeiger" aus Reykjawik meldet, sind die deutschen Flieger Hirth und Weller, die sich mit einem Leichtflugzeug auf einem Etappenflug nach Amerika befinden, am Dienstag in Kaldadarnes an der Südküste von Island glatt gelandet.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955



H. Breder
Bielefeld, Gütersloherstraße 14
Fernsprecher 1012
Spezialabteilung für
moderne Augenoptik

„Original"
Schlaraffia-Matratzen
fertigen als Spezialität an
Polsterei Ordelheide, Bielefeld
Kreuzstraße 43 * Gegr. 1888

Für rhein. Pfarrhaus mit zwei Kindern wird sofort durchaus erfahrene und kinderliebe
Persönlichkeit
in Vertrauensstellung gesucht. Hilfe vorhanden. Ausführliche Angebote unter A 6892 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zum 1. Okt. finden noch einige brave, junge Mädchen freundliche
Aufnahme
als Haushaltungsschülerinnen. Der Pensionspreis monatl. 35 Mk. Bedingungen und Auskunft. **Diakonisse Marie Klein, Aachen,** Aureliusstraße 37.



Solider tüchtiger Berufslandwirt, 39 Jahre, sucht
Vertrauensposten
als Kutscher, oder übernehme sonst ein Gespann, es kommt Dauerstellung in Frage. Kaution kann gestellt werden. Offerten an die Geschäftsstelle d. Blattes unter A 6891.

Zurück
Dr. Wehmeyer
Zahnarzt
Gütersloherstr. 12



Das ganze Jahr geöffnet.
Mäßige Preise.
Näheres Prospekt.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. **Honigs**
10 Pfd. Dose 10.65 RM, vorwiegend Klee-Lindenblüte 12.60 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1½ Pfd. Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

EISU Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafzim., Stahlmatr., Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechn., Landw. Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
Werkmeisterschule
Technikum Lage Lippe
Bauschule Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau
Tonindustrie Ziegeleiingenieure Techniker, Ziegelmeist.
Lehrpläne frei

Bethel.

— **Blaukreuz-Verein Bethel.** Donnerstag abd. 8½ Uhr **Blaukreuzstunde** in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.